

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 23. Februar.

Aus dem Stadtparlament.

Die Anfringung der Interpellation in Sachen des Wohnungsgeldzuschusses hatte gestern die Tribüne dicht gefüllt, und mit gespanntem Interesse folgte man der dreistündigen Debatte, die sich an die Interpellation knüpfte.

Der Erfolg war eine Fehlschlag. Die schließliche Abstimmung ergab, daß nur 19 Stadträte für eine Petition um Heraushebung Halles nach Klasse B waren, 33 aber dagegen.

Vom Magistratsrat aus hatte man gestern die Petition nicht glatt abgewiesen, im Gegenteil: Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe erklärte ausdrücklich, er stehe ihr an sich vollständig gegenüber. Aber dennoch hätte der Magistrat gar nicht mehr zur Ablehnung beitragen können, als er es gestern getan hat.

Der Herr Oberbürgermeister versuchte zunächst für die Tatsache, daß Halle allein von den mit ihm sonst rangierenden Großstädten in Klasse C geblieben ist, den Hallischen Abgeordneten die Schuld aufzuladen. Er bestritt zwar diese Ansicht hernach, aber was soll's denn weiter heißen, wenn jemand im Gegensatz zu der Behandlung unserer Stadt behauptet: Magdeburg habe nur der Tätigkeit seiner parlamentarischen Vertreter die Hinaufsetzung nach Klasse B zu danken. Der Sinn dieser Worte konnte gar nicht zweifelsfrei sein.

Die Herren Abgeordneten Reil und Schmidt stellten die Berechtigung dieser Ansicht richtig, und zwar in ruhiger, schonender Form, die jedenfalls nicht belächelt wäre, wenn der Herr Oberbürgermeister an ihrer Stelle sich gegen unbedingte Anwendung seiner Tätigkeit zu verteidigen gehabt hätte. Für die Hallische Petition der Budgetkommission ist lediglich die Differenz maßgebend gewesen; ein Einheitszimmerpreis von 140 M. und darüber qualifizierte für Klasse B; Halle, das mit einer kleineren Ziffer verzeichnet stand, blieb in Klasse C.

Aber auch sonst hieß der Herr Oberbürgermeister mit seinem Exemplifizieren auf Magdeburg daneben. Es ist nicht so, wie aus seinem Munde wiederholt erklärt wurde: der Magistrat in Magdeburg habe ja auch Geldwege, und dennoch ließ Magdeburg erhöht und Halle in der Zurücksetzung verbleiben. Nein, der Hallische Magistrat hat eben nicht geschwiegen, sondern hat in sehr scharfer Form die Wünsche auf Hinaufhebung betätigt. Das ist natürlich der breiteren Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben; und darum darf man auch den Herren Abgeordneten glauben, daß die Erklärung des Hallischen Magistrats Halle bei jener Bewertung moralisch geschädigt hat. Ein solches Verhalten, daß sich eine städtische Verwaltung gegen die Hinaufsetzung ihrer Stadt in die höhere Servistklasse mit aller Entschiedenheit sträubt, stand nämlich einzig da, mußte also recht auffallen.

Aber, wie gelangt, Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe war gestern nicht abgeneigt, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen; indes er wollte die Stadtoverordneten gleichzeitig auf eine sofortige Gehaltserhöhung für die städtischen Beamten und Lehrer festlegen. Und dieses Vorgehen, über dessen Berechtigung an sich heute hier nicht gesprochen werden soll, brachte den Antrag der Interpellanten zu Fall. Wir halten es in diesem Falle nicht mit der Opposition, aber das Wort des Herrn St. Wieje: die unnötige Zollpolitik hat die teuren Verhältnisse und die Forberung der Beamten nach Aufbesserung geschaffen, ist nur zu berechtigt und verdient auch gerade in den Kreisen vor beachtet zu werden, die leider noch vielfach im mißverständlichen eigenen Interesse den Urhebern des Zolltarifs, den Konservativen, das Müßigat führen.

Bei dem breiten Raum, den die Diskussion in Anspruch genommen hatte, blieb für die Tagesordnung selbst nur sehr wenig übrig. Der Theateretat wurde noch in letzter Minute erledigt. Leider, denn es hätte sich da so manches sagen lassen, zu Ruh und Frommen der Allgemeinheit. Aber wer hat denn in der neunten Stunde nach so ermüdender Debatte, noch Zuft und Spannkraft dazu? Aus den kurzen Darlegungen des Herrn Stadtrats Kraemer gewann man immerhin die Weberzeugung, daß das höchste Einkuß, das der Stadt nach ihrem höchst ungünstigen Verträge mit dem Theaterdirektor zusteht, peinlich im Interesse des Publikums gesahrt wird.

Auch einen hoffnungsvollen Ausblick für die Zukunft eröffnete der Deputierte: man will durch Mehrung des Fundus dahin kommen, daß der künftige Wähler nicht so sehr auf sein finanzielles Können, als vielmehr auf — sagen wir kurz — Kulturkaufmännisch geprüft zu werden braucht.

Nachstehend einiges aus der Debatte:

Klasse C.

Herr Stn. v. Blume schloß die Erregung, die in Beamtenkreisen wegen der Deflationierung Halles Platz gegriffen habe. Die Statistik, die für Halle einen so ungünstigen Einheitszimmerpreis ergeben habe, sei an sich zwar richtig, aber sie bafiere auf

falscher Fragestellung.

Seit dem Tage, der für jene Statistik maßgebend gewesen, der 1. Januar 1907, feien die Hallischen Wohnungs- verhältnisse viel schwieriger geworden. Es herrsche ein starker Wohnungsmangel; nur 5 Prozent Wohnungen läßen leer, da dürfe man sich nicht wundern, daß die Wohnungen gerade seit jener Zeit sehr im Preise gestiegen seien. Nach Beendigung der Etatsberatungen müssen wir die Wohnungsforderung mal energisch anstellen. Es muß hierin etwas gelöst werden. Hinsichtlich der Servistklasse dürfte nicht gelagt werden, wenn Halle nach Klasse B komme, so verurteile uns das viel Gelbsten, da dann auch die städtischen Beamten und Lehrer aufgehoben werden müßten. Die Kostenfrage scheidet aus. Es könne sich nur darum handeln: Gehört Halle in die Klasse B hinein? Wenn das zu bejahen sei — und es sei unbedingt zu bejahen — dann dürfe man die Kosten nicht scheuen. Die damalige Antwort des Herrn Bürgermeisters v. Holly habe böses Blut gemacht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe meinte, persönlich stehe er der Interpellation nicht unsympathisch gegenüber. Aber wenn der Magistrat sich für die bessere Bezahlung der Staats- und Reichsbeamten engagiere, könne selbstverständlich nicht unterlassen werden, auch die viel schlechter bezahlten

Städtischen Beamten zu bedenken und ihre Gehälter aufzubessern.

Er bitte, einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Zu der Antwort des Bürgermeisters v. Holly habe das Kollegium damals geschwiegen, d. h. also, man sei damit einverstanden gewesen. Darum sei es um so mehr unerfindlich, wie jetzt Herr v. Holly zur Zielscheibe der Erbitterung gemacht und sogar mit Schmähbrieffen reguliert werden könne. Warum Halle allein in Klasse C geblieben sei, während alle anderen hinaufgesetzt wurden, liege noch unverständlich. Man müsse auch Bauen, wie Breslau in Klasse A gebracht werden könnten, das so billige Wohnungen und so billige Lebensmittelpreise habe. Es fenne die Breslauer Verhältnisse seit 37 Jahren. Weit eher gehöre Halle nach Klasse A und Breslau nach Klasse C. Was die treibende Kraft gewesen, ob Halle keine Bestirmtor gehabt habe? Magdeburg habe sehr energische Parlamentsvertreter gehabt; die allein haben es gemacht, nicht der Magistrat, der ebenso zur Sache geschwiegen habe, wie der Hallische Magistrat. Für die Neuangliederung der Städte durch die Budgetkommission fehle jeder richtende Gesichtspunkt. Es sei, als ob der Parteipunkt mitgemischt habe. Wenn jetzt alle hinaufgesetzt seien, nur Halle nicht, so liege darin eine starke Benachteiligung der Hallischen Beamtenschaft. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir nicht bloß auf die Föbung eines einzigen Standes unser Augenmerk zu richten haben; wir müssen prüfen, wie wirkt die Maßnahme auf die anderen Stände; denn in Halle haben wir noch andere Menschen, diejenigen nämlich, die das aufbringen müssen, wozu die Beamten leben. Der Standpunkt des Herrn von Holly war gerechtfertigt. Wenn die Reichs- und Staatsbeamten in eine höhere Klasse kommen sollen, dann müssen wir auch an die eigenen städtischen Beamten denken. Das Gehalt der städtischen Beamten differiert schon ganz erheblich gegen das der Staats- und Reichsbeamten, und wenn diese Beamten nach Klasse B gebracht werden, wird das Verhältnis erst recht faß. Aber es war schon sehr schwer, vor zwei Jahren jene Stala durchzuführen, die inzwischen ganz unzulänglich geworden ist. Sollen wir da uns anstrengen, daß die Staatsbeamten noch in ihren Bezügen erhöht werden und dabei nichts für unsere eigenen Beamten tun? Die Neuordnung der Lehrergehälter bringt uns eine Erhöhung der Steuerzuschläge um 8 Prozent; die Aufbesserung der städtischen Beamten aus den dargelegten Gründen würde noch 6 Prozent bedeuten, so daß es insgesamt 20 Prozent Erhöhung würden. Das hat der Magistrat, als er damals durch Herrn Bürgermeister v. Holly jene Erklärung abgab, der Öffentlichkeit nicht zumuten zu können glaubt. Vielleicht lassen die Verhältnisse im

nächsten Jahre besser; vielleicht durch Bejeitigung des Beamtenprivilegs, das ja für Halle einen Ausfall an Steuern von 220 000 Mark bedeutet. Dann können wir auch unsere Lehrer besser bedenken und unsere städtischen Beamten aufbessern. Kommen aber die staatlichen Beamten nach Klasse B, so muß sofort etwas gelöst werden, dann muß ein Ausgleich geschaffen werden. Es handelt sich dabei um einen Jahresaufwand von 180 000 M. Gewiß würden auch die höheren Bezüge in der Steuereinnahme der Stadt zum Ausdruck kommen, aber nur mit einem Betrage von etwa 20 000 Mark, so daß immer noch 160 000 bis 180 000 Mark zu bedenken wären. Wollen Sie also den Staatsbeamten helfen, dann machen Sie sich schuldig, auch den städtischen Beamten nicht zu vergessen; dann belassen Sie die Bürgergehälter mit fünf bis sechs Prozent. Wenn Sie das wollen, dann empfehle ich Ihnen folgenden Antrag: Den Magistrat zu eruchen, schnellste Schritte im Sinne der Interpellanten zu tun und eine Vorlage zu machen, die eine Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer vorsieht. Sonst ist die Interpellation zwecklos. Ich kann Sie nicht von dem Beschluß dispensieren, auch sich für die städtischen Beamten festzusetzen.

Herr Bürgermeister v. Holly präzisiert seinen Standpunkt von damals, als die Sache zum ersten Male im Kollegium zur Sprache kam. Was die Schmädhungen anlangt, so hätte er nie gelagt, daß sich ein preußischer Beamter zu gemeinen anonymen Schmähbrieffen verstehen könnte. 65 000 Mark haben wir schon hinsichtlich des Mietzuschusses für unsere Lehrer und Schuldner in den Nachtragsetat fordern müssen; käme Halle nach Klasse B, so würde sich die Summe stark erhöhen. Es handle sich für die Staatsbeamten um einen Wohnungsgeldzuschuß, nicht um die Zahlung der vollen Miete. Meine Deduktion von damals ging dahin, Halle vor einer Ueberlastung zu bewahren, die es nicht zu tragen imstande wäre. Ich habe gelagt, wo soll das noch hin? Sie haben durch Ihre Schmädhungen damals meine Ausführungen geüßert. Es ist ein Unrecht, jetzt einen geradezu an den Schanzfuß bringen zu wollen.

Herr Stn. Schmidt: Sie tut not, wenn wir etwas anrichten wollen. Die Verhältnisse von damals haben sich infolern völlig geändert, als wir damals in formiger Gesellschaft waren von Magdeburg, Bammer, Kassel. Wenn das heute noch der Fall wäre, würden wir auf dem Wege der Petition nichts erreichen. Der Herr Oberbürgermeister vermutet, für Magdeburg seien außergewöhnliche Anstrengungen gemacht, es in Klasse B zu bringen. Die sind für andere Städte auch gemacht; an Anstrengung hat's auch für Halle nicht gefehlt. Es ist jetzt der Antrag gestellt, alle befallerten Städte wieder hoch zu bringen durch eine andere Verteilung der noch vorhandenen 2 1/2 Millionen. Halle hat allerdings sehr leicht abgehauen, und da hat eben die

Erklärung des Magistrats eine große Rolle

gespielt. Geltenlassen und Erfurt sind noch die einzigen Großstädte, die in Klasse C verbleiben. Mit Geltenlassen wollen wir uns nicht vergleichen, bleibt also noch Erfurt, und das macht gleichfalls jetzt energische Anstrengungen. An Fürsprechern hat's, wie gelagt, nicht gefehlt; weder Magdeburg noch Breslau waren besser vertreten. In der Kommission sind nur im ganzen 6 Mitglieder drin, weder eins von Breslau noch von Magdeburg. Wenn der Magistrat jetzt den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen will, so ist es die höchste Zeit. Sonst legt der Magistrat Gewicht darauf, mit gewissen Städten auf gleicher Stufe zu stehen; in diesem besonderen Falle liegt es aber nicht bloß im Interesse der Beamtenchaft, sondern unserer Stadt überhaupt. Wir wollen den Magistrat eruchen, daß er in geeigneter Form dadurch hinwirkt, Halle nach Klasse B zu bringen. An Unterfrigung im Parlament soll's nicht fehlen.

Herr Stn. Meyer: Ich habe damals geschwiegen, weil die sehr bestimmt abgegebenen Erklärungen des Herrn Bürgermeisters v. Holly keine Aussicht ließen; ihn zu widerlegen. Die Mehrheit begrüßt es, wenn das Beamtenprivileg in Wegfall kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe: Daß auf Halles Zurücklegung das Verhalten des Magistrats eingewirkt habe, ist nicht wahrhaftig. Der Magistrat von Magdeburg habe ja auch geschwiegen, und dennoch sei es den Magdeburger Abgeordneten gelungen, ihre Stadt nach Klasse B zu bringen. Der Magistrat soll dafür sorgen, daß die Staatsbeamten hier nicht schlechter gestellt werden, als in anderen Orten, die Aufbesserung der städtischen Beamten wollen aber die Herren Interpellanten nicht damit verquiden. Da könnte das Bedenken aufkommen: Ist denn die Verfolgung der Interessen der Staatsbeamten überhaupt eine Gemeindeangelegenheit, um derenwillen der Magistrat petitionieren darf? Das Petitionsrecht ist in dieser Beziehung durch die Judi-

Die während unserer weissen Woche angesammelten grossen Mengen

Reste und Restbestände weisser Waren aller Art,

sowie die durch Dekoration etwas unsauber gewordenen

Kleiderstoffe, Negligeestoffe, Hemdentuche, Taschentücher, Tischtücher, Servietten, Leib- u. Bettwäsche, Stickereien, Spitzen u. dergl.

verkaufen wir, um schnell damit zu räumen

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22, 23, 24.

natur des höchsten Gerichtshofes eingeschärft. Ich bin gegen die Staatsbeamten wohlwollend, aber ich verwerfe ein einseitiges Wohlwollen.

das unsere schieft begünstigen fähigen Beamten und Lehrer frei ausgehen läßt. Wenn Sie nicht auch die fähigen Beamten in Ihrem Bereich bezeichnen, so kommt der Magistrat vielleicht dazu, so laagen: die ausschließliche Förderung der Interessen der Staatsbeamten ist nicht unsere Aufgabe.

Herr Stv. Borjes: Wir hatten es für selbstverständlich, daß die fähigen Beamten eine Aufbesserung erhalten. Aber heute ist nicht die Stunde, den Blick darauf zu werfen.

abzulernen,

die in der Vermahlung zur Debatte steht, und uns Angst einzujagen. Die beiden Herren Bürgermeister haben darauf herumgeritten, daß wir damals geschwiegen hätten. Unser Schweigen war keine Zustimmung, aber nach der langen bestimmten Erklärung des Herrn Bürgermeisters wäre jedes weitere Wort vergebens gewesen. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Heute befindet sich nicht mehr in der guten Gesellschaft von damals. Die finanziellen Konjunktoren, die bei eberaufhebung in die Klasse B für Halle bringen kann, haben hier gar nicht mitzusprechen, wo es sich um Recht und Unrecht handelt.

Herr Stv. v. Blume: Wie viele Dinge haben wir hier schon als Gemeindegemeinschaften behandelt! Der Magistrat braucht sich in dieser Hinsicht wegen der Petition keine Sorgen zu machen. Nachdem die Klassen in ihren einzelnen Sähen anders formuliert sind, ist auch die Gefahr eines so hohen Steuerzuschlages von nochmals 6 Prozent nicht mehr vorhanden: die Erhöhung würde stark zusammenschumpfen. Keine andere Stadt hat rekonstruiert, weil sie in eine höhere Klasse gekommen wäre. Auch Breslau nicht. Auch Breslau hat gelangt: die Hinaufhebung in Klasse A wird der Stadt Kosten verursachen. Wegen das Steuervermögen sind alle Beamtenkategorien; es mit der Sache zu verhalten, wie es Herr Bürgermeister v. Holly tut, erscheint nicht angängig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kioe: Ich habe nicht Lust, mich hinsichtlich der Kommissionsfrage auf einen formalen Standpunkt zu stellen. Unzufallen aber ist es, daß die Herren Staatsbeamten hier, die von uns eine Vertretung ihrer Interessen fordern, sich nicht dazu aufschwingen, im Interesse der fähigen Beamten einen Antrag auf Aufbesserung der Gehälter zu formulieren. Mit der Versicherung, „es könne kosten, was es wolle“, ist doch recht wenig getan. Das Geschäft nimmt nachher einen ganz anderen Lauf. Wenn eine Stadt Bezalung hat, ihre Beamten aufzubessern, ist's Halle. Steint erhöht jetzt, trotz der Ungunst der Zeit, und nimmt eine Steuererhöhung von 6 1/2 Prozent auf sich. In Breslau ist die Erhöhung im Werden. Ich persönlich setze Entgegenkommen gegen die Interpellation, aber ich bin die fähigen Beamten nicht überlegen müssen.

Herr Stv. Bangert: Ich habe auf Herrn v. Holl's Erklärung seinerzeit geschwiegen, weil I. persönliche Interessen für mich in Frage kamen, und 2. eine Debatte ganz aussichtslos erschien. Wenn 800 000 Mark Mehrerträge der Staats- und Reichsbeamten nach Halle fließen, so kommt es den gemeinwerbenden Bürgern zugute, also der Allgemeinheit. Der Zugang der Beamten nach Halle, der jetzt dank der Vervielfachung der fähigen Bildungstätigen sehr groß ist, wird aufhören, wenn Halle in Klasse C bleibt. Die Stadtverwaltung hat also sehr wohl ein direktes Interesse an der Sache und ist zur Petition bereit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kioe: Die Steuern stehen sich für den Beamten ganz gleich, ob er mit oder wider Willen nach Halle verlegt ist; er muß daselbst zahlen. Und für den Staat hat viellecht gerade der Umstand, daß Halle in der fähigen Klasse C ist, einen Anreiz, hierher Behörden zu verlegen, weil er dabei spart. Der Magistrat hat übrigens der Hinaufhebung nach Klasse B nicht entgegengeartet, auch sonst keine Ermahnungen, etwa indem er den interessierten Beamten das Material vorertheilt, bereitet.

Herr Stv. Giese: Ich hatte damals bei der ersten Interpellation das Gefühl, als ob den Beamten hier der Mut fehle, Herrn v. Holly entgegenzutreten. (Zuruf: Wohl!) Der Vergleich mit Magdeburg ist unzutreffend. Magdeburg hat weit höhere Mietpreise.

Halle ist groß geworden durch die sparsame Wirtschaft, an der es so lange Jahre festgehalten. Jetzt ist's ein Buchten um die Günst der Beamten und Lehrer. Ich meine: Wir sollen doch nur mit sachlichen Erwägungen arbeiten. Es kommt allmählich so weit, daß der Beamte mit seinen Forderungen den Bürger erdrückt; das sind doch unhaltbare Verhältnisse. Wir werden nochmal durch die fortwährend wachsenden Annehmungen der Beamten zu Grunde gehen. (Zuruf: Subst!) Woher kommen denn die unerschöpflichen Forderungen nach Aufbesserung der Beamtengehälter? Die

unbilligen Polizeipolitik

ist dran schuld! Ich bin nicht für die Unterstüßung der Vorlage. (Zuruf: Bravo!)

Herr Stv. Thiele: Die Beamten sollen einen Wohnungsgeldzuschuß erhalten, nicht einen Erlaß der Miete. Es muß festgelegt werden, ob die Beamten tatsächlich ihren Wohnungsgeldzuschuß auch wirklich für die Wohnung ausgeben, ob sie nicht in demselben eine gewisse Ersparrnisse machen. Der Wohnungsgeldzuschuß ist überhaupt ein veraltetes Mittel; man soll auszeichnende Gehälter zahlen, merktwegen nach Gestaltstufen, um auf die Teuerung der einzelnen Orte Rücksicht zu nehmen.

Herr Stv. Reil verweist betreffs des Zustandekommens der Beschlüsse der Budgetkommission auf den Bericht der „Saale-Ztg.“ über die Versammlung in den Kaiserhöfen. Die Entschüßung unter der Beamtenhaft ist groß und berechtigt. Alle Städte wurden hinaufgehoben, die 140 M. und mehr Einheitszimmerpreise haben. Es wurde also nach ganz bestimmten sachlichen Normen verfahren. In der parlamentarischen Vertretung hat's mir nicht gelegen, daß Halle in Klasse C blieb, Magdeburg aber nach Klasse B kam. Einige der behördlich ermittelte Einheitszimmerpreise enthielt; da hatte Magdeburg 140 Mark Halle darunter. Magdeburg kann der Magistrat den Forderungen der Beamten durch die Petition überbieten sein, wie seine Ablehnung zweifels

moralisch die Interessen der fähigen Beamtenhaft geschädigt hat. Die Hinaufhebung nach Klasse B hätte zwingenden Einfluß nur auf die Befoldung der Volksschullehrer, für die fähigen Beamten gar nicht; auch hinsichtlich der Oberlehrer behalten wir freie Hand, ob wir das Normalhalt annehmen wollen oder nicht. Wir werden's selbstverständlich tun. Die moralische Unterstüßung durch den Magistrat wird im Parlament Einbruch machen.

Herr Stv. Helmecke: Innerhalb dieses Saales sind wir nicht Beamte. Wir sind Stadtratsmitglieder. Selbstverständlich treten wir für die Aufbesserung der fähigen Beamten ein; die wissen, daß ihre Interessen bei uns gut aufgehoben sind.

Herr Stv. Schmidt: Nicht das Schweigen, sondern die Klage unseres Magistrats hat Halle in dieser Frage geschädigt.

Mit einigen persönlichen Bemerkungen schließt die Debatte, die mit 33 gegen 19 Stimmen eine

Ablehnung der Petition ergibt.

Nachdem noch 13 300 Mark für elektrische Kraftanlagen in Riebeckstr. bewilligt waren (Herr Herr Stv. Emmer), entwickelte sich eine neue Debatte beim

Theateretat.

Herr Oberbürgermeister brachte die

lojale Lage der Bühnengestellten

zur Sprache. Die Bühnengestellten beklagen vielfach eine geradezu kümmerliche Lage. Sie sind darauf angewiesen, durch Gastspiele in Vereinen usw. ihre Bezüge aufzubessern. Und diesen so jämmerlich bezahlten Leuten nimmt man oft noch die Möglichkeit zum Nebenverdienst, indem die Direktion sie wider Erwarten gerade dann beschäftigt, wenn sie sich für Private verpflichtet haben. Das sollte doch wirklich nicht geschehen. Ein Theaterdirektor, der solche Kriegen gewinne macht, wie der Herr Hofrat Richards — das Buch des Hrn. Pfeiffer gibt einen Jahresgewinn von über 80 000 Mark an — sollte doch auf jene mehr als ärmerlich bezahlten Angestellten Rücksicht nehmen und nicht das Gegenteil tun.

Herr Stadtrat Kraemer entgegnet, der Gewinn des Herrn Richards betrage jährlich 92 000 bis 98 000 Mark. Die Behauptung Pfeiffers, daß Herr Richards für sich und seine Frau eine hohe Gage in den Etat einbringe, um die vertraglich festgesetzte Mindestsumme zu erzielen, sei falsch, Herr Richards dürfe keine Pfennig für sich in Ansatz bringen, 18 000 Mark im Monat sei mindestes Gehalt, aber Herr Richards wende 21 000 Mark. Die Stadt sei im Begriff, sich einen Fundus zu schaffen, damit nicht mehr in die Defizitverlegen von 100 000 Mark bei der Ausschreibung verlangt zu werden brauche und so der Krete der Pflichten ermöglicht werden könne. Auf das Verhältnis des Herrn Richards zu seinen Bühnengestellten habe die Stadt keinen Einfluß.

Herr Stv. Thiele legt dar, daß die

Volksvorstellungen

jeht keine eigentliche Volksvorstellungen mehr seien. Ihre Psychognomie sei eine ganz andere geworden, was das Publikum und den Betrieb der Billets anlangt. Früher hätten die Arbeiterorganisationen die Billets zur Verteilung bekommen, der Rest sei an der Kasse verkauft worden. Jetzt sei es anders. Jetzt müsse man viele fähige Beamte im Theater und vorwiegend auf den besseren Plätzen in den vordersten Reihen. In erster Linie seien doch die Volksvorstellungen für die Lohnarbeiter bestimmt. Jetzt seien Billets überhaupt nicht zu haben. Ihm sei ein Fall von

Billettschwandhandel

bekannt, d. h. es wurde ein Förstner ermittelt, der eine große Anzahl Billets befaß und sie mit Aufgeld (statt 40 Pfg. pro Stück 60 Pfg.) verkaufte. Eine Billetsverlosung, wie es in Götting am Hoftheater zu den Volksvorstellungen geschieht, ist das gefährliche System.

Herr Stadtrat Kraemer erwidert, der Mann sei sofort zur Rechenschaft gezogen und auf Entlassung gesetzt. Bei der Verteilung der Karten gebe man mit großer Sorgfalt vor. Die Karten bekommen je nach Arbeiterzahl und Bedarf eine bestimmte Anzahl, ein Teil sei für die Unterbeamten der Post, des Magistrats usw. bestimmt. Einen Teil erhalte das Gewerkschaftsamt. Es würde keine Kategorie bevorzugt, auch die fähigen Unterbeamten nicht. Aber das Theater biete nur 1200 Plätze, und die Ziffer stelle erst ein Zehntel der Nachfrage dar. Der Theateretat wurde hinsichtlich bewilligt.

Die Franzosen bei Lausitz u. Groß.

Im Kunstsalon bieten eine Anzahl französischer Künstler, die sich vor etwa fünf Jahren zu einer „Société pour la gravure originale en couleurs“ zusammengeschlossen haben, jetzt eine Kollektiv-Ausstellung von etwa 100 farbigen Originaldarstellungen, die einer ganz wunderbaren Welt auf den Wegener ausbilden. Wir finden Namen die Polstricker, Raffalli, Latenay, Chabentin, Waldmann, Bellanger, Houdart, Labrousse, Hesse, Dauphin, Osterling, Fracisa, Truchet, Jourdain, Kolbe, Janiot u. a. m. vertreten. Es ist schwer zu sagen, wem wir den Preis zuerkennen sollen, ein jeder der Aussteller dürfte seine Verdienste finden.

Es handelt sich hier in der Tat nicht um alltägliche, mechanische Reproduktionen, sondern um Originalwerke, erdacht und ausgeführt von Künstlern, die den Maler und Radierer in einer Person vereinen, Werke, die das Gedächtnis seiner Hand, den Stempel seiner Persönlichkeit und Eigenart tragen. Niemand sollte sich den Versuch einer eingehenden Betrachtung dieser wunderbaren Schöpfungen verweigern.

Eine vom Bundesrat beschlossene neue Postordnung

wird am 1. April 1909 in Kraft treten. Sie betrifft die Zollbehandlung der in das deutsche Zollgebiet eingehenden Postsendungen, die Zollbehandlung der aus dem Zollgebiet ausgehenden Sendungen, die der Sendungen, die durch das Zollgebiet durchgeführt werden, die Zollbehandlung von Postsendungen, die aus einem Orte des deutschen Zollgebietes durch das Zollausland nach einem anderen Orte des Zollgebietes gehen, die Anwendung der Postordnung auf Postsendungen aus dem Auslande, die erst im Zollgebiete zur Welt gegeben werden sowie Strafbestimmungen. Nach den letzteren werden Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Postordnung, wenn nicht nach dem Vereinspostgesetz eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Ordnungstrafen bis zu 150 Mark geahndet.

Beihilfen zur Anpflanzung von Obstbäumen.

Der Landwirtschaftsminister hat zur Serbifizierung eines einheitlichen Verfahrens bei der Beantragung und Gewährung von Beihilfen zur Anpflanzung von Obstbäumen Grundzüge aufgestellt. Danach können Staatsbeihilfen zur Anpflanzung von Obstbäumen nur dann gewährt werden, wenn es sich um die Schaffung von Anlagen handelt, die nach Art, Umfang und Bedeutung geeignet erscheinen, als Muster und anregendes, belehrendes Beispiel

für weitere Kreise zu dienen. Die Bewilligung von Beihilfen erfolgt nur für neu anzulegende, nicht für bereits fertiggestellte bzw. vorhandene Obstplantagen. Die Beantragung der Unterstüßung hat begünstigt jeds vor Annahme der Unterstüßung zu erfolgen. In der Regel sollen Beihilfen nur an Gemeinden und Kreise oder an sonstigen Organisationen (Vereine, Interessenten, Körperschaften) zur planmäßigen Bepflanzung geeigneter Wege oder sonstiger Ausnahmeweise können Anträge Privater Berücksichtigung unwürdig sein, wenn der Persönlichkeit (besondere Kenntnisse und Neigung für Obstbau) oder die begleitenden Umstände eine Gewähr dafür bieten, daß eine besonders anregende und vorbildlich wirkende Mutteranlage geschaffen wird. Voraussetzung für die Gewährung einer Unterstüßung ist selbstverständlich die Würdigkeit und Bedürfnisheit des Antragstellers, die in jedem Falle nachzuweisen sind.

Die Stv. Markthausgemeinde ist zurzeit in Bezug auf die Seelstern in einer höchst läßigen Lage. Seit längerem ist Herr Oberbürgermeister Greiner schwer erkrankt, jetzt befindet er sich auf dem Wege der Besserung. Seit einiger Zeit ist auch der zweite Geistliche, Herr Pastor Nießmann, nicht unerheblich erkrankt darüber und es ist nicht abzusehen, wann beide wieder ihr Amt ausüben können. Außer Herrn Pastor Emmer, Nießmann, dem Vater des Vorgesangenen treten abwesend Geistliche anderer benachbarten Kirchengemeinden ein.

Kandidaten des höheren Schulamtes haben sich neuerdings wieder mehrfach zum Eintritt des Seminarjahres bei mehreren Königlich-provinzialhochschulen zu gleicher Zeit gemeldet und dadurch unliebsame Erweiterungen verurteilt. Der Rufausmittler hat deshalb die Direktoren der Provinzialhochschulen Beschlüssen gemittelt, die Kandidaten gleich nach dem Bestehen der Prüfung besonders darauf hinzuwirken, daß sie Meldung nur bei einem der Provinzialhochschulprüfungsämter auszusprechen haben, dem die Schrift des Prüfungsausschusses über die vorläufigen Befähigung über die bestandene Prüfung vorzulegen ist.

Die Kaiserl. Oberpostdirektion in Halle gibt bekannt, daß der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an dem Gemeindegeweg von Dsmünde nach Naundorf (Kr. Delitzsch) bei den Postämtern in Halle 2 und Gröbers öffentlich ausliegt.

Militärpersonalien. Arnold, Rittm. des Garde-Landwehr-Regiments 2 Aufgebots (Halle) mit der Erlaubnis zum Tragen der Landwehruniformen, Spieth, Hauptmann d. R. des 1. Oberstl. Feldart.-Regts. Nr. 15, Ludwig (Halle), Oberleutnant der Landwehr d. 2. Aufgebots, der Abschied bewilligt.

Bruno Heubrichs Konservatorium f. Musik und Theater. Frz. Else Erler, eine junge Hallenserin, die seit 1906 an dem Meitnerunterricht Klasse Vambrio teilnahm und dabei den Unterricht in der Seminarklasse des Direktors Heubrich belegt hatte, wurde nach abgelegter günstiger Prüfung das Konservatorium als Klavierlehrerin zugeordnet. Jetzt seien im Konservatorium als solche angeheilt.

Stadtheater. Man schreibt uns: Auf die nur einmalige Aufführung von Lessings „Lustspiel Minna von Barnhelm“ am Mittwoch 7 1/2 Uhr mit Schülertarifen à 1,10 M. an der Tages- und Abendkasse sei nochmals hingewiesen. Frz. Elise Erler vom Stadttheater in Ueberfeld abholiert in der Rolle der Franziska ein Engagementsgeschäft für das Jahr der ersten Nachbarin. — Für die Premiere der Oper „Madama Butterfly“ (Die kleine Frau Schmetterling) melde am Donnerstag in Szene geht, sind prächtige neue Dekorationen angeschafft worden. Die Theater des Stadttheaters unter Leitung des Herrn Göttsch Rammoth entstanden sind. Die poetische träumerische Stimmung der Sandlung erfordert ein ganz besonders charakteristisches Milieu, welches der eigenartigen Oper, die zu den bedeutendsten Erscheinungen der Kunstzeit gehört, zum Erfolg mit erforderlich ist. Das Werk hat kurz nach seinem Erscheinen an der Scala in Mailand einen Siegeszug ähnlich dem des „Bajazzo“ über alle Bühnen der europäischen Großstädte angetreten und bebarf keiner besonderen Empfehlung seines Wertes. — Die Reinsingerin des „Lohengrin“ nach Baureuter Muster wird Freitag wiederholt. — Sonntag, 1. Die Döllingprinzessin. Sonntag: Neues Schauspiel des berühmten portugiesischen Baritonisten Francisco Andrade: „Don Juan“.

Neues Theater. Aus dem Bureau wird uns geschrieben: Am Mittwoch wird Lotbars „Das Fräulein in Schwarz“ zum letzten Male aufgeführt. Vorher wird der Einakter „Der Ehrenmann“ gegeben. Im Hinblick auf den am Donnerstag verkehrenden Theaterzug der Selbstbezahlten Bahn ist der neueste Schlager Otonomus's Fährdins „Schwanenflug“ der Oper „Die Götter“ auf Donnerstag angelegt. Das ist der Götter auf kleinen Freilen (30, 60, 90 Pfg.), welcher Ernst von Wildenbruch's „Sachverständiger“ bringt, ist auf Freitag angelegt. Die Proben zu der stattfindenden Komödie „Mandrakola“, welche nach dem Stoffe eines alten Lustspiels des Nachlaßes von Paul Gaer für die deutsche Bühne bearbeitet wurde, sind bereits vorgeschritten, daß die Erstaufführung bereits am Sonnabend, den 27. stattfinden kann. „Mandrakola“ hat im Kleinen Theater in Berlin über hundert Aufführungen erlebt und auch am Hamburger Deutschen Schauspielhaus unter der Direktion des Freiherrn von Berger und in Frankfurt a. M., Wien, Nürnberg und Leipzig diese erfolgreiche Wiederholungen erlebt. Das Stück, welches in Hamburg zuerst verboten wurde, kann jedoch vom dortigen Landgericht wieder freigesprochen wurde, ist eine geistvolle und von fruchtbarstem Humor erfüllte Komödie, welche nicht nur ein Versehen für literarische Feinschmecker, sondern auch ein Ueberrührer für literarisch nicht so geübte Zuschauer darstellt. Mandrakola ist der das große Publikum vorzüglich unterhält. Mandrakola möchte jedoch die Direktion betonen, daß der Besuch von „Mandrakola“ für junge Mädchen nicht zu empfehlen ist. Billets zu allen diesen Vorstellungen sind bereits jetzt an der Kasse des Neuen Theaters zu haben.

Apollotheater. Das Schauspiel des Theater Jobs Classen neht seinem Ende entgegen. Die Post: Eine Spritour nach Berlin“ wird nicht, wie irrtümlich bemerkt, bis zum Schluß, sondern nur bis ins. Donnerstags aufgeführt. Freitag, Sonnabend und Sonntag wird der neueste Schlager: „Das Mädchen mit der Bremse“ gegeben. Sonntag nachmittags 4 Uhr werden zu kleinen Preisen nochmals die beiden Rollen „Der rote Fahnen“ und „Die Herren von Maxim“ aufgeführt.

Prinz Arneval im Grand Hotel. Die Oberleitung des Grand Hotel Berges, die stets in anerkennenswerter Weise bemüht ist, ihren Gästen eine angenehme Unterhaltung zu bieten, veranstaltet augenblicklich arnevalische Abend

